



Sparpotential in Schulgebäuden heben und in moderne Pädagogik investieren, lautet der Plan.

Foto: Weibold

Reform: Schulen mit weniger als 20 Kindern werden zugesperrt

LINZ. Kleinstschulen mit weniger als 20 Kindern schließen, unmittelbar nebeneinander liegende Doppelstandorte von Volks- oder Hauptschulen zusammenlegen. Dieses Reformprogramm soll am Montag im politischen Lenkungsausschuss des Landes beschlossen werden.

VON ANNELIESE EDLINGER
UND HEINZ STEINBOCK

Hintergrund für die von Bildungslandesrätin Doris Hummer (VP) initiierte Reform ist, dass die Schülerzahlen laufend zurückgehen. Gab es 2002 noch mehr als 71.000 Volksschüler in Oberösterreich, sind es im nächsten Schuljahr nur noch etwas mehr als 58.000. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Hauptschulen. „Wir müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen und handeln“, sagt Hummer. Immerhin müssten im Zuge der Verwaltungsreform auch im Schulbereich Sparpotentiale gehoben werden. Die geplanten Änderungen:

• **Kleinstschulen:** Derzeit muss eine einklassig geführte Volksschule mindestens zehn Kinder haben.

Diese Zahl soll auf 20 Kinder gehoben werden. Allerdings mit der Einschränkung, dass für 70 Prozent der Schüler die Fahrzeit zur Schule nicht länger als zehn Minuten dauert. Ist dies der Fall, wird die Schule geschlossen, die Kinder wechseln in nahe gelegene Volksschulen.

• **Doppel-Standorte:** Hier geht es um Volks- und Hauptschulen, die direkt nebeneinander, bzw. in einem Gebäude liegen. Diese Doppelstandort-Schulen sollen zu einer zusammengeführt werden. Allerdings mit der Einschränkung, dass die neue Schule nicht mehr als 20 Klassen umfassen darf.

Unter diesen Kriterien gehe es „um rund 80 Prozent der Doppel-Schulstandorte“, sagt Hummer. Beide Maßnahmen, sowohl für die Kleinst- als auch jene für die Doppelschulen, wären „ab sofort schrittweise umsetzbar“, weil auch in den Schul-Direktionen eine Pensionierungswelle zu erwarten sei. „Mein Schulbudget wird nicht kleiner“, sagt Hummer. Es würden aber mehr Mittel für moderne Unterrichtsformen und

Schul-Ausstattung frei.

Zwei Parteien, die FPÖ und die Grünen, wollen die Reform mittragen. „Die erarbeiteten Kriterien passen, es ist gescheit hier Reformen anzugehen“, sagt FP-Klubobmann Günther Steinkellner. „Wir werden zustimmen, die Pläne gehen in die richtige Richtung“, sagt Grünen-Klubchef Gottfried Hirz. Er verlangt aber, dass es dann auch für Volks- und Hauptschulen mit mehr als 300 Schülern eine Vollzeit-Sekretariatsstelle geben müsse. „So wie in den Bundesschulen, damit die Direktoren bei der Bürokratie entlastet werden“, sagt Hirz. Ob auch die SPÖ der Reform zustimmen wird, lässt deren Klubchef Karl Fraiss noch offen. „Wir sind gegen Massenschulen mit mehr als 500 oder 600 Kindern. Vor allem im städtischen Bereich, wo es viele Kinder mit Migrationshintergrund und Förderbedarf gibt“, sagt Fraiss. Diese Fragen müssten noch geklärt werden. „Kommen wir hier zu einer Einigung, dann sind wir dabei“, sagt Fraiss. Details seien mit der SPÖ noch abzuklären, bestätigt Hummer, sagt aber: „Ich rechne fest mit einer Einigung.“

„Es geht nicht vor-
dergründig ums
Einsparen, sondern
darum, Mittel für
besseren Unterricht
umzuschichten.“

DORIS HUMMER
Bildungslandesrätin (VP)

„Große Massen-
schulen lehnen wir
ab. Nur wenn die
vermieden werden,
ziehen wir mit.“

KARL FRAISS
SP-Klubchef

„Es ist gescheit,
hier Reformen an-
zugehen. Für uns
passt der erarbei-
tete Kriterien-
katalog.“

G. STEINKELLNER
FP-Klubchef

„Wir stimmen zu,
aber für Schulen
mit mehr als 300
Kindern soll es dann
eine Sekretariats-
stelle geben.“

GOTTFRIED HIRZ
Grünen-Klubchef